

## **Niederschrift**

über die öffentliche Sitzung  
**des Hauptausschusses der Stadt Lörrach**  
**am Dienstag, 8. Mai 2018**

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

|                              |  |
|------------------------------|--|
| Anwesend:                    | Oberbürgermeister Jörg Lutz als Vorsitzender   |
| Stadträtinnen und Stadträte: | Bachmann-Ade, Claassen, Cyperrek, Herzog,<br>Heuer, Höfler, Krämer, Kurfeß, Lusche, Martin,<br>Pichlhöfer, Roßkopf ( ab 18:10 Uhr), Salach,<br>Salinas de Huber (bis 19:00 Uhr), Schlecht, Simon   |
| Entschuldigt:                | -/-  |
| Ferner:                      | Fachbereichsleiterin Buchauer<br>Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić<br>Fachbereichsleiterin Staub-Abt (ab 18:25 Uhr)<br>Fachbereichsleiter Heuckeroth<br>Geschäftsführerin Zielger-Jung, WFL (ab 18:35 Uhr)<br>Stellv. Fachbereichsleiter Gruber (bis 20:00 Uhr)<br>Stellv. Fachbereichsleiter Fessler<br>Herr Röslen, FB Finanzen (bis 19:05 Uhr)<br>Frau Dahms, FB Stadtentwicklung u.-planung (19:45 Uhr)<br>Frau von Rudorff, FB Stadtentwicklung u.-planung<br>(bis 19:35 Uhr) |
| Urkundspersonen:             | Stadträtin Martin / Stadtrat Simon   |
| Schriftführung:              | Behringer  |
| Beginn:                      | 18:00 Uhr  |
| Ende:                        | 20:05 Uhr  |

## **TOP 1**

### **Flächenmanagement der Stadt Lörrach**

#### **Sachstandsbericht Dezember 2017**

##### **Vorlage: 041/2018**

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt der Vorsitzende mit, dass der Aufstellungs- und Offenlagebeschluss zum Bebauungsplan „Alte Weberei Conrad“ (TOP 5) erst in der nächsten Hauptausschusssitzung behandelt werden könne und daher der Punkt heute nochmals abzusetzen sei.

## **TOP 1**

Der Vorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Frau von Rudorff führt sodann anhand einer Präsentation (Anlage 1) in den Tagesordnungspunkt ein und gibt einen Sachstandsbericht zum Flächenmanagement. Gegenüber 2016 habe man 9,9 % mehr Baufläche, durch das Baugebiet Belist. Bei den Wohnbauflächen stehen 51 % dem Markt nicht zur Verfügung. Im Bereich der Gewerbeflächen seien es 55 % welche dem Markt seitens der Eigentümer nicht zur Verfügung stehen. Diese werden meistens für Betriebserweiterungen freigehalten. Ziel des Flächenmanagements sei es gewesen, 30 % der vorhandenen Wohnbauflächen einer Bebauung zuzuführen. Im Durchschnitt seien sogar 44 % der Bauflächen aktiviert worden. Der Fokus liege nun darauf Planungsrecht für Baugebiete zu schaffen.

Stadtrat Lusche bedankt sich für die informative Präsentation. Man liege bisher nicht schlecht mit dem was man tue. Was aus den einzelne Baulücken passiere werde die Zukunft zeigen.

Stadtrat Schlecht sieht das Flächenmanagement als wichtigen Leitfaden. Auch er stellt fest, dass es eine ganze Menge Baulücken vorhanden seien, es sei wichtig mit dem Flächenmanagement den Überblick zu behalten.

Stadträtin Kurfeß freut sich darüber, dass es geschafft wurde 44 % zu erreichen. Sie gibt an, dass das Baugebiet Stetten Süd noch jung sei und trotzdem bereits Baulücken habe. Vielleicht sollte man einen Passus einbauen, der eine Bebauung in einem gewissen Zeitraum vorsehe. Ansonsten gehe das Grundstück zurück an die Stadt. Man könne es sich nicht leisten das mit dem Bauen gewartet werde.

Stadtrat Claassen teilt mit, dass dies eine sehr positive Entwicklung sei. Bezüglich der Baulücken sollte mit den Eigentümern Gespräche geführt und dokumentiert werden. In neuen Baugebieten sollte eine Bauverpflichtung eingeführt werden, welche einen Zeitraum zum Bebauen vorgibt.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Stadt keinen Einfluss darauf hat, wenn Grundstücke an Private gehen.

Stadtrat Lusche möchte von Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić wissen, was für ein Nutzen aus dem Flächennutzungsplan gezogen werden könne und wo wir stehen.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić teilt mit, dass der Flächenzuwachs Neumatt-Brunnwasser noch nicht im Flächennutzungsplan enthalten sei. Sie sei optimistisch, dass noch weitere Flächen ausgewiesen werden können.

Vom Sachstandsbericht über das Flächenmanagement, Stand Dezember 2017 wird Kenntnis genommen.

## **TOP 2**

### **Abschluss der Jahresrechnung 2017 -**

### **Ermächtigungsübertragungen in das Haushaltsjahr 2018**

### **Vorlage: 067/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und begrüßt Stellv. Fachbereichsleiter Gruber und Herr Röslen. Er teilt mit, dass mit einem solchen guten Ergebnis nächstes Jahr nicht zu rechnen sei und übergibt das Wort an Herr Röslen.

Stellv. Fachbereichsleiter Gruber und Herr Röslen erläutern sodann den Abschluss der Jahresrechnung anhand einer Präsentation (Anlage 2).

Der Vorsitzende bedankt sich für die Ausführungen.

Stadtrat Lusche möchte wissen, ob es Grenzen bezüglich der Übertragung gibt.

Herr Röslen teilt mit, dass es keine rechtlichen Grenzen gibt. Verschiedene Investitionsmaßnahmen seien noch am Laufen und stehen daher kraft Gesetz weiter zur Verfügung. Er stimme Stadtrat Lusche zu, dass man sich Gedanken machen müsse, wie die Vielzahl an Maßnahmen abgearbeitet werden könne.

Der Vorsitzende erklärt, dass ein Teil des Geldes für die Halle Brombach abgehen werde, danach werde man sich Gedanken machen.

Stadträtin Kurfeß stellt fest, dass die Ermächtigungsgrundlage von 2016/2017 fast um 100 % angestiegen sei. Eigentlich könne man damit nicht zufrieden sein.

Der Vorsitzende versichert, dass man darauf achten werde und gemeinsam in der Haushaltsberatung 2019 darüber diskutieren werde.

Stadtrat Schlecht äußert ebenfalls seine Bedenken bezüglich der gewaltigen Summe gerade im Bereich Globalbudget Kultur, wo 100% übertragen werden sollen. Er fragt, ob man von dem Überschuss auch Geld für die Haushaltskonsolidierung abzweigt.

Herr Röslen berichtet, dass das Regierungspräsidium (RP) nochmals geschrieben habe, man möge an der Haushaltskonsolidierung dran bleiben. Das RP sehe auch den Umfang der 2018 bis 2021 geplanten Investitionsmaßnahmen.

Stadtrat Lusche fragt, warum beim Globalbudget Kultur 100 % übertragen werden soll.

Herr Röslen erklärt, dass beim Globalbudget Kultur aufgrund eines Gemeinderatsbeschlusses 100% übertragen würden. Die Verteilung der Restmittel auf die einzelnen Einrichtungen und Maßnahmen erfolge durch den FB 1600 selbst. Die Restmittel beim Tourismus seien aufgrund von Projektverzögerungen zustande gekommen.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit einer Enthaltung folgender Beschlussfassung zu:

1. Der Gemeinderat nimmt das vorläufige Ergebnis 2017 zur Kenntnis.
  2. Die Restmittel aus der Budgetabrechnung werden nach den vom Gemeinderat beschlossenen Budgetregeln zu 50% bzw. zu 100% (Globalbudget Kultur und Schulbudgets) auf das Jahr 2018 übertragen.  
Davon abweichend werden weitere 100%-Anträge gemäß Anlage 1 genehmigt.  
**3.424.377,04 €**
  3. Bei den Investitionen (Anlage 2) werden Einnahmeansätze für den Verkauf des Areals Weberei Conrad (4.800.000 €) sowie für das Zollquartier (560.000 €) nach 2018 übertragen.  
**-5.360.000,00 €**
  4. Die Grunderwerbsmittel werden vollständig übertragen und überwiegend für Ankäufe im Zusammenhang mit Bühl III benötigt.  
**942.557,60 €**
  5. Der Gemeinderat nimmt zur Kenntnis, dass folgende Investitionsmittel kraft Gesetz nach § 21(1) GemHVO übertragen werden:  
  
Laufende Maßnahmen und abgeschlossene, noch nicht abgerechnete, Maßnahmen **13.817.643,20 €**
- Saldo 3. bis 5. (Anlage 2, Investitionen) **9.400.200,80 €**

### **TOP 3**

#### **Tramstudie Lörrach**

#### **Vorlage: 061/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dahms stellt anhand einer Präsentation (Anlage 3) den Tagesordnungspunkt vor. Durch Fördermittel des Bundes, auf welche für das Jahr 2018 zurückgegriffen werden könne, würden 90 % der Kosten für die Tramstudie finanziert. Der Kanton Basel-Stadt stehe einer Verlängerung der Tram offen gegenüber und habe hierzu auch schon positive Signale gesendet.

Stadtrat Lusche sieht die Studie als sehr sinnvoll an, da geklärt werde, was technisch gehe und wo. Die Studie müsse die Fahrgastpotenziale aufzeigen. Man müsse über die Grenze hin weg gedenken, wem es etwas nütze. Alleine schultern können wir das nicht.

Stadtrat Schlecht sagt, dass die Mobilitätspolitik eine Daueraufgabe der Stadt sei. Der Rückbau der Schienen im Jahr 1967 räche sich nun. Er werbe für Zustimmung, denn nur so bekomme man Klarheit, ob eine Tram sinnvoll sei oder nicht. Er gibt an, dass es klar sein muss, dass wenn an der Verkehrsscheibe gedreht werde, dies Auswirkungen auf die Straßen, S-Bahn 15 Minuten Takt, Park und Ride und den Stadtbus habe.

Stadträtin Salach teilt mit, dass man in der Fraktion nochmals darüber diskutieren werde. Sie sehe die Studie als verlockendes Angebot an, bisher wurden Einzelstudien immer aufgrund des Gesamtverkehrskonzepts abgelehnt. Auch müsse man die Schweiz miteinbeziehen, wenn diese schon positive Signale gesendet haben.

Stadtrat Claassen stellt klar, dass man noch keinen Spaten in der Hand halte. Man brauche reale Zahlen, welche aufzeigen, ob eine Tram sinnvoll sei. Auch die Stadt Weil am Rhein war erst gegen den Bau einer Tram und dann sei doch gebaut worden. Dass ein so hoher Geldbetrag gezahlt werden würde, sei fantastisch. Die Fraktion der Freien Wähler werde zustimmen.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić gibt zu verstehen, dass die Studie in das Gesamtverkehrskonzept mit einfließen werde. Auch werde man die Schweiz mit einbinden. Die Studie soll aufzeigen, welche Auswirkungen / Nutzen die Tram habe und auch wer die Folgekosten zahle.

Stadträtin Kurfeß merkt an, dass der städtische Beitrag zur Studie gering sei, aber der Rest werde von Steuergeldern finanziert. Die Stadt habe ein Verkehrsproblem, lieber solle das Bussystem weiter ausgebaut werden. Man müsse sich auch mal kritisch äußern, hier werden Hoffnungen geweckt.

Stadtrat Pichlhöfer merkt an, dass die Diskussion sicher bereits 15 Jahre andauere, der Verkehr soll aus der Stadt raus, aber man möchte keine Infrastruktur bauen. Hier seien

die Grünen dagegen, die sonst aber immer für den ÖPNV seien. Durch die Prüfung könnten dann die Diskussionen pro oder contra Tramverlängerung ein Ende haben.

Stadtrat Schlecht fragt wer die Studie durchführe und ob eine Ausschreibung erfolgt sowie wer in der Arbeitsgruppe mitwirke.

Stadträtin Cyperrek teilte die Skepsis von Frau Kurfeß, sie halte die Tram nicht für realistisch. Die Studie bekommen man für ein Schnäppchenpreis, trotzdem seien dies Steuer-gelder. Viele Fragen bleiben offen.

Fachbereichsleiterin Neuhöfer-Avdić gibt an, dass die Ausschreibung während der Sommerpause erfolgen soll. Ergebnisse der Studie erwarte sie nicht vor einem Jahr. Welches Büro beauftragt werde, sei noch nicht klar.

Der Vorsitzende erklärt, dass man nicht blauäugig, sondern positiv an die Sache herangehe. Warum sollte man die Chance, die sich bietet, nicht nutzen.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss mehrheitlich mit drei Enthaltung folgender Beschlussfassung zu:

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, eine Studie zur Klärung der Frage, ob das Verkehrsmittel Straßenbahn in Lörrach in einem Gesamtzusammenhang sinnvoll für die weitere Stadtentwicklung ist sowie in welchem Kosten-Nutzen-Verhältnis Investition und Betrieb stehen, auszulösen.

#### **TOP 4**

#### **IBA Projekt Am Zoll Lörrach Riehen (Projektstand und Variantenstudie Basler Straße)**

**Vorlage: 062/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Frau Dahms führt sodann anhand der Präsentation (Anlage 4) in den Tagesordnungspunkt ein. Bei dem IBA-Projekt handle es sich um ein Langzeit-Projekt, welches auch über das Jahr 2021 hinausgehe. Baustein B befasse sich mit dem neuen Straßenzuschnitt der Basler Straße. Es werden mehrere Varianten geprüft z.B. mit Tram oder ohne Tram.

Der Vorsitzende teilt mit, dass besonders die Schatzkarte auf der IBA Kit sehr sehenswert sei.

Die Fraktionen begrüßen das Projekt und fassen hierauf einstimmig folgenden Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Projektstand Kenntnis und beschließt die Ausgaben in Höhe von 2'022 € für eine verkehrsplanerische Variantenstudie für die Basler Straße.

## **TOP 5**

### **Bebauungsplan der Innenentwicklung und Örtliche Bauvorschriften „Alte Weberei Conrad“**

**- Aufstellungs- und Offenlagebeschluss**

**Vorlage: 072/2018**

---

## **TOP 6**

### **Förderung der Elektromobilität**

**Antrag der SPD-Fraktion im Gemeinderat der Stadt Lörrach vom 28.2.2018**

**Vorlage: 044/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass der Antrag zwei Themenbereiche betrifft: das betriebliche Mobilitätsmanagement, das in einer internen Arbeitsgruppe bearbeitet werde und die Strategische Mobilitätsplanung. Bereits vor einigen Jahren ist man über das Modellprojekt Carsharing/E-Carsharing in die E-Mobilität eingestiegen. Hieraus habe sich sogar eine Firma aus den Projektpartnern (my e-car) gegründet, die nun in Abstimmung mit der Stadt Lörrach auf eigene Kosten das E-Ladenetz in der Stadt ausbauen und hierfür zum Teil auch Fördermittel beantragen. In Neubaugebieten wie z.B. Belist werden zukünftig Ladesäulen ggf. Carsharing berücksichtigt. Die Stadt nutzt für Dienstfahrten auch das Carsharing, sowohl konventionell als auch elektrisch. Werden neue Fahrzeuge angeschafft, wird geprüft, ob E-Fahrzeuge für die jeweilige Nutzung möglich sind. Der Eigenbetrieb Stadtwerke beobachtet die Entwicklung bezüglich der E-Stadtbusse.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für die gute Vorlage. Es sei schön zu sehen, dass zu dem Thema bereits was laufe. Sie würde gerne wissen wo man als Stadt hin möchte und im welchen Zeitfenster. Sie fragt warum es in Lörrach nicht möglich sei, E-Busse einzusetzen. Andere Städte würden bereits E-Busse einsetzen. Weiter möchte Sie wissen ob das Lade Netz flächendeckend ist wo die Stadt stehe.

Stadträtin Salach gibt an, dass die Fraktion der Grünen die Vorlage sehr begrüßt.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt teilt mit Ziel sei es das Netz flächendeckend auszubauen. Derzeit seien noch nicht alle Ortsteile ausgestattet. Auf der Städtischen Internetseite seien alle Ladestationen angegeben. Beim Betrieblichen Mobilitätsmanagement werde derzeit der Sachstand erfasst zu gegebener Zeit werde hierüber wieder berichtet.

Fachbereichsleiter Heuckeroth gibt an, dass noch vor der Sommerpause dem Rund das Jobticket vorgestellt werden solle. Die Verschiedenen Maßnahmen werden nacheinander abgearbeitet. Wenn Verträge des Fuhrparks auslaufen, werden diese nochmals genau

angeschaut. Als erste konkrete Maßnahme im Betrieblichen Mobilitätsmanagement komme das Jobticket.

Der Vorsitzende teilt bezüglich der E-Stadtbusse mit, dass die SWEG hierzuständig, da die Stadt dies nicht selbst betreibe. Dies sei der Unterscheid zu anderen Städten. Auch habe man beim Neubau Belist geprüft, ob bei jedem Haus eine Ladesäule angebracht werden solle. Dies sei aber mit sehr hohen Kosten verbunden.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss folgender Beschlussfassung zu:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Thema E-Mobilität weiterzuverfolgen, sowohl im Rahmen des betrieblichen Mobilitätsmanagements als auch bei der Gesamtbetrachtung der Mobilität in der Stadt Lörrach. Die Stadtverwaltung soll zu gegebener Zeit berichten.

## **TOP 7**

### **Änderung der Verwaltungsgebührensatzung**

#### **Vorlage: 057/2018**

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf.

Auf eine Erläuterung der Vorlage wurde verzichtet.

Stadtrat Schlecht möchte wissen, warum der Gebührenrahmen von 2,50€ auf 58 € erhöht werde.

Frau Hailer teilt mit, dass die Bundessatzung auf Euro umgeschrieben worden sei und die Stadt den Rahmen der Gebühren selbst entscheiden könne. Für den Antrag auf Änderung des Vornamens werden ca. 10 Stunden benötigt. Man habe sich hier am Stundensatz anhand des TVöD orientiert.

Stadträtin Martin fragt in was für Fällen eine Namensänderungen möglich seien.

Frau Hailer gibt an, dass Behördliche Namensänderungen nur in ausnamefällen möglich seien. Im Jahr 2017 waren es ca. 20 Fälle im aktuellen Jahr bereits 5.

Hierauf stimmt der Hauptausschuss einstimmig folgender Beschlussfassung zu:

Der Änderung der Verwaltungsgebührensatzung wird zugestimmt.



## **TOP 8**

### **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben**

#### **8.1**

Übernahme von Herrn Manuel Harter in das Beamtenverhältnis

Herr Manuel Harter wurde zum 1. Mai 2018 in das Beamtenverhältnis übernommen. Er wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum Stadtvermessungsamtmannt ernannt.

## **TOP 9**

### **Allgemeine Anfragen**

#### **9.1**

Stadträtin Martin gratuliert der Stadt, dass sie zu dem sieben Gewinnern des Fußverkehrs-Check gehöre. Sie möchte wissen wer das Fachbüro sein werde ob dies bereits feststehe. Sie bittet darum, dass Senioren wie Menschen mit Behinderung bei der Planung berücksichtigt finden.

Der Vorsitzende gibt an, dass im Gemeinderat hierüber kurz berichtet werde.

#### **9.2**

Stadträtin Herzog möchte wissen, bis wann der Brunnen in der Adelhauser Straße wieder in Betrieb gehe.

Der Vorsitzende erinnert, dass die Brunnen aufgrund der Haushaltskonsolidierung abgeschaltet wurden. Für die erneute Inbetriebnahme benötige es einen Gemeinderatsbeschluss. Dieser soll vor der Sommerpause erfolgen.

## **TOP 10**

### **Offenlegungen**

- 10.1 Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses der Stadt Lörrach am 19. April 2018
- 10.2 Stellungnahme des FB Straßen/Verkehr/Sicherheit vom 19. April 2018 auf Anfrage von Stadtrat Pichlhöfer hinsichtlich der Befahrbarkeit der Innenstadt (Fußgängerzone) für Seniorenheime
- 10.3 Schreiben an die Gemeinde Binzen bezüglich des Regionalen Gewerbeparks Weil am Rhein und Binzen

## **Zur Beurkundung**

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: